

Leserbrief zu „Petition und Datenschutz“ in der Ausgabe 02.07.2009

Die Berichterstattung von Redakteur Thomas Godawa zur Beantwortung der von mir an den Oberbürgermeister gestellten Fragen zum Datenschutz ist teilweise unrichtig und verkürzt.

Er berichtet, die Zahl der Betroffenen habe nach der Auskunft des OB pro Jahr zwischen 40 und 60 gelegen, von denen 30 bis 40 % keine Angaben gemacht hätten. Dies erweckt den Eindruck, die Betroffenen seien direkt befragt worden. Sie hatten jedoch keine Kenntnis von den Nachforschungen. Nach meinen Notizen erklärte der OB vielmehr, pro Jahr seien 50 bis 70 Fälle abgefragt worden. Bei 30 bis 40 % davon seien keine Angaben (ich ergänze: von den befragten Vorgesetzten) gemacht worden.

Auch die Berichterstattung, die Daten seien nach der Umfrage gelöscht und inzwischen seien sämtliche Daten gelöscht, erscheint mir so, da nicht vollständig, nicht korrekt. Der OB sagte: Es habe Papieraufschriebe gegeben. Diese seien nach Bearbeitung jeweils vernichtet worden. Die Daten seien in Excel-Tabellen eingetragen worden. Diese seien bis zum Frühjahr dieses Jahres komplett gelöscht worden. Diese Auskunft des OB legt meines Erachtens die Interpretation nahe, dass sämtliche Erkenntnisse der Vergangenheit in Excel-Tabellen gespeichert und erst jetzt im Frühjahr gelöscht wurden, also nicht jeweils zeitnah nach Erhebung.

Zu meiner Frage, ob die von der Datenspeicherung betroffenen Mitarbeiter inzwischen nachträglich informiert worden seien, verwies der OB auf das bekannte Umlaufschreiben vom 04. Mai und ergänzte, Einzelinformationen seien dort erfolgt, wo Maßnahmen ergriffen worden seien. Eine Information der anderen Mitarbeiter sei nicht möglich, da keine Unterlagen mehr vorliegen. Diese Auskunft bedeutet für mich, dass die Verwaltungsspitze sich wohl nicht darum bemüht hat - etwa durch Anstrengung des Gedächtnisses der Personalamtsleiterin oder anderer Führungskräfte - , die betroffenen Mitarbeiter nachträglich (zumindest teilweise) zu ermitteln und vom Betroffensein der verbotenen Datenspeicherung zu unterrichten. Das finde ich schade; eine solche Maßnahme hätte möglicherweise der Anfang zu neuer Vertrauensbildung sein können.

Dr. Dietmar Foth

FDP-Fraktionsvorsitzender, Balingen-Ostdorf